NICHT SCHON WIEDER!

Als Korrespondentin in den USA hat unsere Autorin den Aufstieg von Donald Trump erlebt. Jetzt reist sie durch Deutschland und fragt sich: Kann hier etwas Ähnliches passieren?

Von Kerstin Kohlenberg, DIE ZEIT, 06.02.2025

Der Mann, von dem ich dachte, er sei ein AfD-Aussteiger, saß in einem Café auf dem Bahnhofsvorplatz von Erfurt. Klaus Stöber hatte einen Umschlag voller Dokumente dabei, die er mir geben wollte. Es ging um den rechtsextremen Thüringer AfD-Chef Björn Höcke. Stöber hatte den Bundesvorstand der AfD kurz zuvor öffentlich aufgefordert, Höcke aus der Partei auszuschließen. Was aber nicht geschah.

Das war im September 2024, Stöber war zu diesem Zeitpunkt seit neun Jahren Mitglied der AfD und seit drei Jahren Abgeordneter im Bundestag, aber jetzt schien er mit seiner Partei gebrochen zu haben.

Klaus Stöber ist 63 Jahre alt, er ist in Thüringen geboren und aufgewachsen und direkt nach dem Mauerfall in die SPD eingetreten, für die er später bei Kreistagswahlen als Kandidat antrat. 2010 verließ er die Partei, weil er fand, sie sei zu nah an die Linke herangerückt, aber noch heute bezeichnet er den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt als sein politisches Vorbild. In Stöbers Abgeordnetenbüro in Berlin hängt sogar ein Bild von ihm. Stöber engagierte sich im Förderverein der Schule seiner Tochter, er ist Vorsitzender des Tennisclubs in seinem Nachbarort, manchmal fährt er die Mannschaft am Wochenende zu Auswärtsspielen.

Klaus Stöber ist Steuerberater, zur AfD brachte ihn einer seiner Mandanten. Eine ganz neue Partei, basisdemokratisch, wirtschaftsliberal, wertkonservativ, das habe ihm gefallen, sagt er. Anders als die AfD es in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben hat, ist Stöber dagegen, aus der EU auszutreten. Fast ein Drittel der Mandanten seines Steuerbüros, sagt er, seien Vietnamesen und Türken, alles Kleinunternehmer, ein paar

Afghanen berät er auch. Ohne Migranten, sagt Stöber, sei der Fachkräftemangel in Deutschland nicht zu beheben.

Dieser Mann, so glaubte ich, hatte nun begriffen, dass die AfD längst nicht mehr dem entsprach, was er mal in ihr gesehen hatte. Ich dachte, er würde nun aus der Partei austreten.

Stattdessen sagte mir Klaus Stöber auf dem Bahnhofsvorplatz, er denke gar nicht daran, die AfD zu verlassen. Ja, er sei gegen Höcke, aber selbst wenn Höcke in der Partei bleibe, sei die AfD weiterhin seine politische Heimat.

Als ich nach dem Gespräch nach Hause fuhr, war ich zunächst etwas ratlos. Wie passte das alles zusammen? Dann fiel es mir ein: Ich kenne Menschen wie Klaus Stöber, ich kenne sie aus Amerika.

Für die ZEIT habe ich sieben Jahre lang aus den USA berichtet. In diesen Jahren habe ich den Aufstieg Donald Trumps miterlebt und immer wieder freundliche Menschen getroffen, die beim ersten Kennenlernen ganz vernünftig wirkten, genau wie Klaus Stöber. Menschen, die sich in ihrer Gemeinde engagierten, in der Schule, im Sportverein. Menschen, die sofort loszogen, um ihrem Nachbarn zu helfen, wenn der mal ein Problem hatte.

Und dennoch begeisterten sie sich für Donald Trump, einen Mann, der in manchen seiner Reden mehr Lügen als Wahrheiten von sich gab. Der gegen Minderheiten hetzte und am 6. Januar 2021, nach seiner Niederlage gegen Joe Biden, Tausende Menschen dazu angestachelt hatte, das amerikanische Parlament zu stürmen und dort Jagd auf Politiker zu machen. Einen Mann, der im vergangenen Herbst erneut zum Präsidenten gewählt wurde.

Wenn man in den vergangenen achtzig Jahren von Deutschland nach Amerika schaute, war das oft ein Blick in die Zukunft. Amerika hat uns die Supermärkte und die Fast-Food-Restaurants gebracht, die Rockmusik und das Skateboard, das Kabelfernsehen und das Internet, die Frauen- und die Friedensbewegung. Die Amerikaner machten es vor, und die Deutschen machten es nach.

Lange Zeit habe ich gedacht, dass es beim Aufstieg der Rechtspopulisten und Radikalen anders sein würde. Dass sich dieses Phänomen nicht auf Deutschland

übertragen lasse, schon allein wegen der deutschen Vergangenheit. Aber dann saß ich nach dem Treffen mit Klaus Stöber im Zug nach Hause und hatte das Gefühl, dass ich das alles schon einmal erlebt hatte. Da war ein Mann, der sich in der in weiten Teilen rechtsextremen AfD besser aufgehoben fühlt als, zum Beispiel, in der CDU oder der FDP, obwohl er mit diesen beiden Parteien inhaltlich in vielen Punkten übereinstimmt. Genau das hatte ich in den USA bei vielen traditionellen Anhängern der Republikaner beobachtet. Den etablierten Kandidaten ihrer Partei trauten sie nichts mehr zu. Stattdessen unterstützten sie Donald Trump, obwohl sie gleichzeitig vieles an ihm kritisierten.

Es gibt zahllose Erklärungen für Trumps Erfolg, aber alle laufen auf dasselbe hinaus: Donald Trump ist deshalb so stark geworden, weil sich Personengruppen für ihn begeistern, von denen man das nicht erwartet hätte. Würde er nur Rassisten, Nationalisten und Demokratieverächter ansprechen, hätte er nicht einmal die Vorwahlen gewonnen. In den USA aber fühlen sich längst auch gemäßigte Konservative, Migranten, Gewerkschafter und junge Akademiker vom Rechtspopulismus angezogen.

Inzwischen fürchte ich, dass sich genau das in Deutschland wiederholen könnte.

Cemal Can ist Gastronom in Hannover, ich treffe ihn in einem seiner beiden Restaurants, es liegt am Ufer der Leine, ganz in der Nähe des Niedersächsischen Landtags. Draußen mühen sich ein paar Surfer im kalten Nieselregen an der Leinewelle ab, einer künstlichen Stromschnelle, die es hier seit zwei Jahren gibt. Drinnen füllt wohlige Wärme den Raum. Cemal Can, 57, ist Sohn türkischer Gastarbeiter und seit Langem deutscher Staatsbürger. Mit seinem kahlen Schädel und der markanten Brille erinnert Can an den Schauspieler Telly Savalas, der den TV-Detektiv Kojak gespielt hat. Für einen Gastronomen kein schlechter Look. Cans Eltern kamen 1968 in die Bundesrepublik. Die Mutter fand Arbeit bei einem Hersteller von Radio- und Fernsehgeräten. Der Vater hielt die Sportplätze der Stadt sauber.

Der junge Cemal machte eine Ausbildung zum Rohrleger, arbeitete auf dem Bau, dann, mit Anfang zwanzig, übernahm er gemeinsam mit seinem älteren Bruder das erste Restaurant, später kam ein zweites dazu, in dem wir jetzt sitzen. Cemal Can zeigt in den Gastraum. Den Umbau und die Renovierung, das habe er damals alles selbst gemacht.

Auf dem Boden hat er alte, wunderschön gemaserte Holzbohlen verlegt. »Aus Belgien«, sagt er. Die Decke ist ebenfalls aus Holz, antik und verziert. »Aus einem Schloss in Sachsen.« Eine schmiedeeiserne Wendeltreppe führt hinunter in den Keller, den Can zum Weinkeller ausgebaut hat. »Der größte in Niedersachsen, 30.000 Flaschen«, sagt er. Heute hat Cemal Can zwanzig Angestellte und ein Ferienhaus in Spanien.

In den USA gibt es von jeher die Vorstellung, dass jeder Mensch es aus eigener Kraft zu Wohlstand bringen kann. Der Begriff, der diese Vorstellung beschreibt, ist American Dream, der Amerikanische Traum. Wenn es auch so etwas wie einen German Dream gibt, würde ich sagen: Für Cemal Can ist er wahr geworden. Und er und sein Bruder haben hart dafür gearbeitet. Jeden Tag zwölf Stunden im Restaurant, sechs Tage die Woche.

»Wer nicht arbeitete, der verdiente auch nichts«, sagt Can und zuckt mit den Schultern. »So war das damals, das war der Deal.«

Das also ist die Aufstiegsgeschichte von Cemal Can. Und jetzt sitzt er mir gegenüber und sagt, er sei sich noch nicht sicher, wen er wählen werde, aber: »Alice Weidel ist eine gute Politikerin.« Sie habe genau die richtigen Themen: Asylpolitik, Bürgergeld.

Cemal Can, der selbst nach Deutschland eingewandert ist, sagt, es gebe inzwischen zu viele Migranten in Deutschland. Er zeigt auf sein Gesicht: olivfarbene Haut, dunkle Augen. »Außen bin ich Ausländer«, sagt er. Dann klopft er sich aufs Herz. »Innen drin bin ich Deutscher.« Aber er fürchtet, dass die Deutschen das nun nicht mehr erkennen. Dass sie ihn in Mithaftung nehmen für Morde wie die in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg. Dass sie keinen Unterschied mehr machen zwischen jenen Migranten, die schreckliche Straftaten begehen, und ihm, dem harten Arbeiter.

Überhaupt, die Arbeit. Er finde ja kaum noch Angestellte, sagt Can. Weil kaum mehr jemand bereit sei, richtig anzupacken. Weil Deutschland ein Land geworden sei, das Arbeit bestrafe und Faulheit belohne. Das Wort Bürgergeld spricht er aus, als bezeichne es etwas Unanständiges. Er sagt, er verstehe dieses Land nicht mehr. Die Politik der Regierung Merkel? Die Politik der Regierung Scholz? »Katastrophe«, sagt Cemal Can.

Während ich ihm zuhöre, kommt es mir so vor, als rede da ein anderer Mann zu mir. Ein Mann, der nicht Deutsch spricht, sondern Englisch, und nicht Cemal Can heißt, sondern Abel Ornelas, und der nicht im deutschen Bundesland Niedersachsen lebt, sondern im amerikanischen Bundesstaat Iowa, in einem kleinen Ort namens Dennison.

Ich habe Abel Ornelas 2016 kennengelernt, er stammt aus Mexiko, als Teenager ist er mit seinen beiden Brüdern als illegaler Einwanderer nach Amerika gekommen. Jahrelang hat er in einer Fleischfabrik geschuftet, hat Doppelschichten geschoben und in einem Wohnwagen gelebt. Aber Stück für Stück hat er sich hochgearbeitet, heute vermietet er Wohnungen, besitzt ein großes Haus und einen amerikanischen Pass.

Abel Ornelas hat Donald Trump gewählt, also den Mann, der damit prahlt, er werde die Grenze zu Mexiko mit einer Mauer abriegeln. Doch Ornelas empfindet das nicht als Widerspruch. So wie es Cemal Can in Deutschland gelang, hat es auch Abel Ornelas in Amerika geschafft, in die Mittelschicht aufzusteigen. Und jetzt sieht er in Donald Trump nicht den Mann, der Lateinamerikaner als Vergewaltiger und Straftäter bezeichnet, sondern den Mann, der ihm hilft, seinen mühsam erarbeiteten Wohlstand zu verteidigen.

Wie viele Mexikaner ist Ornelas im Herzen eher konservativ. Er geht regelmäßig in die Kirche, ist gegen Abtreibung, mit der Genderdebatte kann er nichts anfangen, seine Welt besteht aus seiner Arbeit und seiner Familie.

Außerdem, sagte mir Ornelas, sei auch er sich nicht sicher, ob das noch die richtigen Leute seien, die da in die USA einwanderten. Ob nicht tatsächlich viele Kriminelle unter ihnen seien. Ornelas verwies auf den Präsidenten Joe Biden, der Einwanderer aus Haiti, Venezuela und Honduras großzügig mit Aufenthaltsgenehmigungen ausstattete. Ornelas fand das ungerecht, da er selbst sich jahrelang ohne Papiere hatte durchschlagen müssen.

So wie heute Cemal Can in Hannover befremdet auf das Bürgergeld schaut, so schaute Abel Ornelas befremdet auf die Hilfe und Unterstützung, die die Migranten der jüngeren Vergangenheit erhielten.

Traditionell haben die lateinamerikanischen Einwanderer in den USA immer mit großer Mehrheit die Demokraten gewählt, deshalb dachte ich zuerst, der Trump-Wähler

Abel Ornelas sei eine Ausnahme, aber das stimmt nicht. Nicht mehr. Im Jahr 2016 entschieden sich 28 Prozent der Latinos für Donald Trump. 2020 waren es 32 Prozent, und bei den Wahlen im vergangenen Herbst sogar 46 Prozent. Wobei es dabei einen interessanten Unterschied zu beobachten gab. Jene Latinos, die erst vor Kurzem ins Land kamen, wählten weiterhin die Demokraten. Jene, die schon lange in den USA lebten, stimmten dagegen größtenteils für Donald Trump, so wie Abel Ornelas.

Anders als in den USA existieren in Deutschland kaum Daten über das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Herkunft in der Bundesrepublik nicht so selbstverständlich abgefragt wird wie im Einwanderungsland Amerika, wo die Leute bei allen möglichen Gelegenheiten angeben müssen, welcher ethnischen Gruppe sie angehören.

Eines aber lässt sich aus den wenigen Umfragen und Untersuchungen, die es in Deutschland dazu gibt, ableiten: Je weiter sich Menschen mit Migrationshintergrund in die Mitte der Gesellschaft hocharbeiten, desto weiter rücken sie politisch nach rechts, genau wie in den USA, und desto stärker gleicht sich ihr Wahlverhalten dem der Menschen ohne Migrationshintergrund an. Cemal Can scheint dafür ein gutes Beispiel zu sein.

Neben den Migranten gibt es in den USA eine weitere Gruppe, die jahrzehntelang verlässlich die Demokraten wählte und sich nun zu großen Teilen auf die Seite Donald Trumps geschlagen hat. Es sind die Arbeiter, die Gewerkschafter. Seit es die politische Unterscheidung in rechts und links gibt, haben sie immer links gestanden, aber jetzt rücken sie plötzlich nach rechts. In Amerika wählen sie Donald Trump.

Und in Deutschland?

Dirk Rothe ist 47 Jahre alt und sieht mit seiner Wollmütze und dem Fleece-Hemd ein bisschen so aus, als sei er gerade auf dem Weg zu einer Bergtour. Rothe ist Industriemechaniker bei der Molkereigenossenschaft DMK in Thüringen, er wartet dort die Maschinen. Vor sieben Jahren haben ihn seine Kolleginnen und Kollegen außerdem zum ersten Mal in den neunköpfigen Betriebsrat gewählt. Offenbar hat er seine Sache gut gemacht, denn auch bei der nächsten Wahl haben sie wieder in großer Zahl für ihn gestimmt. »Zweitbestes Ergebnis«, sagt er stolz.

All die Jahre war Rothe Mitglied in der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), mit ihrer Unterstützung hat der Betriebsrat bei der Molkerei höhere Löhne für die Beschäftigten durchgesetzt, sie liegen jetzt fast auf demselben Niveau wie bei vergleichbaren Unternehmen im Westen. »Die Gewerkschaft macht gute Arbeit«, sagt Rothe.

Trotzdem, das erzählt er mir in einem Restaurant in Erfurt, hat sich Dirk Rothe vor ziemlich genau einem Jahr, am 1. Februar 2024, an den Computer gesetzt und sein E-Mail-Programm geöffnet. Er hat eine der leckeren Orangen geschält, die er sich jeden Winter aus Sardinien schicken lässt, dann tippte er eine Nachricht an die Gewerkschaft. »Betreff: Kündigung«.

Zuvor hatte er sich, wie fast jeden Tag, die Facebook-Seite der NGG angesehen. Und wie immer enthielt beinahe jeder Post ein Hashtag wie #noafd, #keinFußbreitan-Faschisten oder Überschriften wie »NGG steht auf gegen AfD«. Als Rothe das sah, fragte er sich, ob die NGG denn nicht mitbekommen habe, was in den Unternehmen los sei, zum Beispiel bei ihnen, bei der DMK.

Dort hatte bei der letzten Betriebsratsversammlung ein Gewerkschaftsfunktionär zu den 320 Beschäftigten gesprochen, so wie immer. Und so wie immer hatte er gesagt, dass sie bei den nächsten Wahlen ihr Kreuzchen keinesfalls bei der rechtsradikalen AfD machen sollten. Aber diesmal, sagt Rothe, hätten die Arbeiter das nicht einfach so hingenommen. Viele standen von ihren Sitzen auf und gingen. Zwölf hätten hinterher ihre Mitgliedschaft gekündigt. Und Rothe sagt, er könne sie verstehen. Er kennt die Leute ja, er arbeitet mit ihnen, isst und trinkt mit ihnen im Pausenraum, diskutiert mit ihnen, auch über Politik.

In den vergangenen Jahren, sagt Dirk Rothe, habe sich viel aufgestaut, auch bei ihm. Aber nichts davon finde sich auf der Facebook-Seite der Gewerkschaft wieder.

Und deshalb sitzt Rothe also an jenem Februartag an seinem Computer und schreibt: »Ich stehe eben nicht hinter der politischen Agenda, zu der ihr steht im aktuellen Moment, da vieles falsch an das Volk herangetragen wird ... Ich wähle weder rot, noch grün! Dieser Block hatte seine Chance und hat es eben verkackt!«

»Ich hatte da schon einen Brass«, sagt er heute.

Am Ende unseres Treffens steigt Rothe in sein Auto, er muss zur Arbeit. Er habe schon so einige Jobs gehabt im Leben, sagt er. Rothe war Leiharbeiter, und im Nebenjob Türsteher. Er war auf Montage in China und in Bayern, und er ist stolz darauf, dass er sich ein Haus in einem kleinen Dorf in der Nähe von Erfurt kaufen konnte. Dass er es am Ende doch zu etwas gebracht hat. Dafür arbeitet er jetzt bei der DMK in drei Schichten, früh, spät, nachts. Die Linke wählt er schon länger nicht mehr.

Als deutlich wurde, wer da in den USA alles für Donald Trump stimmte, dachte ich noch: Rechte Arbeiter, das ist etwas, das es nur in Amerika gibt, dem Land, das so kapitalistisch und individualistisch ist wie wohl kein anderes auf der Welt. Aber jetzt redete Dirk Roth ganz ähnlich wie die Trump-Fans in den Fabriken des Rust-Belt, der Industrieregion im Nordosten der USA.

Einer, der sich gut mit dem Denken der deutschen Arbeiterschaft auskennt, ist der Soziologe Klaus Dörre, der bis zu seiner Emeritierung im vergangenen Jahr Professor an der Uni Jena war. Dörre hat seit Jahrzehnten immer wieder Arbeiter in deutschen Industriebetrieben nach ihren Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen befragt. Dabei ist ihm etwas aufgefallen: Viele Arbeiter, sagt Dörre, haben den Glauben an soziale Umverteilung verloren. Nicht, weil sie es auf einmal gerecht fänden, dass irgendwelche Manager 40- oder 50-mal so viel verdienen wie sie. Sondern weil sie die Hoffnung aufgegeben haben, dass es eine spürbare Umverteilung jemals geben werde. Seit Jahrzehnten haben wechselnde Regierungen davon gesprochen, sich für sie einzusetzen. Aber was ist geschehen?

In den vergangenen dreißig Jahren sind die mittleren Haushaltsnettoeinkommen nur halb so stark gestiegen wie die der oberen zehn Prozent.

Der Soziologe Klaus Dörre sagt, viele Arbeiter hätten inzwischen das Gefühl, dass von der Regierung nichts mehr zu erwarten sei. Auch das traditionelle Mobilisierungsthema der Linken, unten gegen oben, funktioniere nicht mehr. Stattdessen wollten sich die Arbeiter nur noch auf einen verlassen: auf sich selbst. Der Staat dagegen solle sie gefälligst in Ruhe lassen.

Nach seiner Abkehr von den linken Parteien hat der Industriemechaniker Dirk Rothe zunächst die FDP gewählt. Das war im Herbst 2019 bei den Landtagswahlen. Im

Februar 2020 ließ sich dann der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Zahlreiche Bundespolitiker kritisierten dies. Die damalige Kanzlerin Angela Merkel sprach von einem »unverzeihlichen Vorgang«. Kemmerich gab dem Druck nach und trat zurück. Dabei, sagt Rothe, sei er doch demokratisch gewählt worden. Damals habe er sich gefragt: »Wollen die uns verarschen?«

Und dann kam Corona.

In der Molkerei gab es viele Mitarbeiter, die sich nicht impfen lassen wollten. Daraufhin wurde die Belegschaft in zwei Gruppen unterteilt, Geimpfte und Nicht-Geimpfte. Die Geimpften durften vorne reingehen, die Nicht-Geimpften mussten den Hintereingang nehmen. »Da zerbrach etwas«, sagt Rothe. »Es gab jetzt die Guten und die Bösen.«

Auch Dirk Rothe hat sich nicht impfen lassen. Warum? Ihm sei das alles zu schnell gegangen, sagt er. Ein gerade erst neu entwickelter Impfstoff, verabreicht in riesigen Impfzentren, wo er die Ärzte gar nicht kannte. Im Betrieb hat er das auch - gesagt. »Da war ich dann halt der Querulant.«

Als der erste Coronabonus in der Molkerei nur an die Geimpften ausgezahlt wurde, klagte Rothe dagegen – und verlor. Er begann bei den Demos gegen die Coronamaßnahmen mitzumarschieren und stellte fest: »Das waren ganz normale Menschen dort, mit denen konnte man ganz normal reden.« Nicht nur über Corona, sondern auch über das »Neudeutsch«, wie Rothe es nennt. Die gendergerechte Sprache. Auch die Gewerkschaftsfunktionäre benutzen sie seit einiger Zeit. Als der Betriebsrat der Molkerei mit der Geschäftsführung einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt hatte und den Textentwurf an die Gewerkschaft schickte, kam der von dort zurück mit dem Vermerk, man möge doch bitte gendern.

Dirk Rothe sagt, bei der Bundestagswahl werde er die AfD wählen. So wie etwa die Hälfte seiner Kolleginnen und Kollegen in der Molkerei, schätzt er.

Ich rufe noch einmal den Soziologen Klaus Dörre an. Ich will wissen, ob die hohe Zahl von AfD-Anhängern in der Arbeiterschaft ein ostdeutsches Phänomen sei. »Nein«, antwortet Dörre. Der Unterschied sei nur, dass die Arbeiter im Osten offener über ihre

Sympathie für die AfD sprächen, so wie Dirk Rothe. Auch in Hessen haben bei den Landtagswahlen vor gut einem Jahr fast dreißig Prozent der Arbeiter die AfD gewählt.

Vor der Molkerei parkt Rothe seinen Wagen, er zieht sich die gelbe Sicherheitsweste über und geht in Richtung Werkstor. »Milch ist bunter, als du denkst«, steht neben dem Eingang. Aus der Gewerkschaft ist er am Ende doch nicht ausgetreten. Nach der E-Mail hat der Funktionär lange mit ihm geredet und ihn gebeten, dabeizubleiben. Rothe hat zugesagt. Dafür hat der Funktionär bei der nächsten Betriebsversammlung darauf verzichtet, vor der AfD zu warnen.

Genau wie Cemal Can, genau wie viele der amerikanischen Trump-Wähler, die ich kennengelernt habe, wirkt Dirk Rothe auf mich nicht wie ein Rassist, nicht wie ein Rechtsextremist. Aber eine Sache fällt mir doch auf. Im Verlauf des Gesprächs hat mir Rothe von einem afghanischen Kollegen erzählt. Der Mann arbeite tadellos, er spreche Deutsch, sei voll integriert, trotzdem habe er noch immer keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Rothe sagt, er könne das nicht verstehen. Als ich ihn daraufhin frage, was er generell über das Thema Migration denke, spricht er plötzlich von der »Flutung« Deutschlands mit Ausländern. Und dass inzwischen nur noch »Abschaum« ins Land komme.

Flutung. Abschaum. Auf einmal klingt Dirk Rothe so wie die AfD, so wie Donald Trump.

Ich frage ihn, warum er diese Begriffe benutzt. Ob das nicht etwas Menschenverachtendes habe?

Rothe überlegt. »Ja, da haben Sie schon recht«, sagt er. »Aber was soll man sonst sagen?« Dann fügt er hinzu, dass er statt Abschaum natürlich auch Straftäter sagen könnte. Er meine ja zum Beispiel diejenigen, die auf Weihnachtsmärkten Menschen umbrächten. Aber in seinem Umfeld würden alle diese Wörter benutzen: Flutung, Abschaum.

Etwas Ähnliches ist mir auch bei Klaus Stöber aufgefallen. Kurz nach dem Sieg der AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen im vergangenen Herbst bin ich mit ihm zu einer Wahlparty gefahren. Großes Hallo, beste Stimmung, hochprozentige blaue Bowle. Und plötzlich ist da auch dieses Lied des italienischen DJ Gigi D'Agostino. Es

war einmal ein harmloser Party-Song mit einem ebenso harmlosen Titel: *L'amour toujours.* Bis sich im vergangenen Jahr ein Video im Land verbreitete, auf dem junge Leute bei einer Feier auf Sylt das Lied mit verändertem Refrain sangen: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!«

Seitdem ist das Lied eine Art Hymne des Rechtsextremismus. Auch auf der Wahlparty in Thüringen stimmen sie es an, nicht den Text, nur die Melodie. »Döp dö dö dööp, döp dö dö dööp«. Inzwischen genügt das schon, inzwischen ist klar, wie es gemeint ist. Klaus Stöber singt nicht mit. Er sitzt still mittendrin.

Als ich ihn hinterher frage, ob ihm dieser Moment unangenehm gewesen sei, sagt er, das sei doch keine große Sache gewesen. Nur ein ironisches Sticheln gegen die Linken, die alle AfD-Anhänger immer sofort zu Nazis abstempelten.

Die politische Kultur verändert sich oft dann, wenn sich auch die Medien verändern. Die Erfindung des Radios hat Propaganda in einem Ausmaß ermöglicht, wie man es vorher nicht kannte. Das Fernsehen verwandelte die halbe Welt in Unterhaltung und erschuf, vor allem in den USA, Politiker, die zugleich charismatische Entertainer sind.

Und das Internet? Viele Experten glaubten, die sozialen Medien, die jedem Menschen die Möglichkeit geben, sich öffentlich zu äußern, sichtbar zu werden, würden eine Gesellschaft entstehen lassen, die klüger, netter, mit weniger Vorurteilen behaftet sei. Ein Professor des renommierten Massachusetts Institute of Technology in Boston sagte sogar voraus, dass das Internet den Weltfrieden und das Ende des Nationalismus herbeiführen werde. Stattdessen zeigte sich, dass der Geist der sozialen Medien ein ganz anderer ist. Mit ihren Algorithmen belohnen sie alles, was Aufmerksamkeit erregt, und da ist Wut nicht zu übertreffen. Der Politikertyp, der in den sozialen Medien die größte Wirkung erzielt, ist der aggressive Demagoge.

In Hannover hatte mir der Gastronom Cemal Cam am Ende unseres Gesprächs seine Tochter vorgestellt, die inzwischen ins Unternehmen eingestiegen ist. Sara, 24, ist Steuerfachfrau und kümmert sich in den Restaurants um alles, was mit Zahlen zu tun hat. Sie sagte, Politik komme vor allem auf einem Weg zu ihr: über die Videoplattform TikTok.

Sara nahm ihr Handy zur Hand, sie öffnete die App, sie sagte, jedes dritte Video, das ihr angezeigt werde, stamme von der AfD. Daran störe sie sich nicht, im Gegenteil. Sie könne sich gut vorstellen, die Partei zu wählen. Sara sagte, sie fühle sich als Frau nicht mehr sicher in Hannover, ständig werde sie von jungen Flüchtlingen angemacht, die Regierung vergebe deutsche Pässe an Ausländer, als seien es Kinotickets.

Ich habe daraufhin ebenfalls einige Abende auf TikTok verbracht – und festgestellt: Es ist tatsächlich schwer, der AfD und ihrer Spitzenkandidatin Alice Weidel zu entkommen. Sie hat längst die Aufmerksamkeitsschallmauer durchbrochen. Sobald man sich ein paar ihrer Videos etwas länger anschaut, vermutet der Algorithmus, dass einen diese Filme interessieren. Von da an kommen immer mehr davon. Alice Weidel in einer Talkshow. Alice Weidel im Bundestag. Alice Weidel, wie sie direkt in die Kamera spricht.

Wieder habe ich das Gefühl, dies alles zu kennen. Weidel hat die Kommunikationsstrategie von Donald Trump fast eins zu eins übernommen. Wie Trump hat sie begonnen, eine Story über sich selbst zu erzählen.

Donald Trump hat sich stets als erfolgreicher Geschäftsmann dargestellt, der Deals abschließt, die kein anderer hinkriegt. Alice Weidel verkauft sich jetzt als lesbische Frau, die für jene Freiheit kämpft, die arabische Migranten den Deutschen angeblich nehmen wollen. Ein Clip von ihr, auf dem sie mit ihrer Ehefrau ausgelassen im Auto abrockt, ging auf TikTok viral. In einem Podcast erzählte sie, wie unwohl sie sich als blondes Mädchen im Schwimmbad mit den vielen jungen Migranten gefühlt habe. Das paart sie mit den Beleidigungen, der Aggressivität und vor allem: der Untergangsrhetorik von Donald Trump.

Deutschland, das ist für Alice Weidel ein kaputtes, zugrunde gerichtetes Land, eine Scheindemokratie. Genau wie Trump malt sie in ihren Videos ein Bild aus Wahrheit und Lügen. Und genau wie Trump verspricht Weidel, das Land wieder zu dem machen zu können, was es angeblich einmal war. *»Make America great again!«,* das ist der Satz, den Trump wieder und wieder in die Mikrofone rief. Alice Weidel sagt neuerdings: »Macht Deutschland wieder großartig!«

In den USA entstand parallel zum Aufstieg von Donald Trump ein ganzes Internet-Ökosystem aus rechtskonservativen Plattformen und Websites. *Breitbart* gehörte dazu, *Info Wars*, *The Daily Caller*, *The Daily Wire, The Blaze*, *The Gateway Pundit* und natürlich die Plattform des rechten Fernsehsenders Fox News. Sie alle stellen die Welt so dar, wie Donald Trump sie sieht. Wäre er ohne sie Präsident geworden? Ich glaube es nicht. Die neuen Internetmedien haben geholfen, aus dem Entertainer Trump den Demagogen Trump zu machen.

Auch in Deutschland entsteht gerade so ein Ökosystem. Noch ist es klein, noch steht es am Anfang, aber es ist schon zu erkennen. Zum Beispiel bei der Internetplattform *Apollo News* in Berlin.

Das Namensschild am Briefkasten des Treptower Atelierhauses ist abgerissen, und dort, wo es zu den Aufzügen in die Büroetage geht, hat jemand groß an die Wand geschrieben: »rechts«. Die Menschen hier scheinen nicht glücklich zu sein über ihre neuen Nachbarn.

Oben, in der vorletzten Etage, öffnet Max Mannhart, 22, in Anzug und Rollkragenpullover die Tür. Das Büro-Loft von *Apollo News* ist groß und leer, in der Mitte des Raumes stehen sechs weiße Schreibtische.

Mannhart bittet mich in sein Büro, in einem leeren Regal steht eine alte Schreibmaschine. Mannhart hat die Plattform erst im vergangenen Sommer gegründet, inzwischen hat er zwölf Angestellte, alle sind so jung wie er, die meisten haben vorher für neurechte Onlinemagazine wie *Tichys Einblick, Die Achse des Guten* und *Nius* geschrieben. Andere, schon etwas größere Bestandteile des neuen Ökosystems.

Apollo News richtet sich vor allem an junge Menschen. Jung zu sein, das war ziemlich lange gleichbedeutend mit: links zu sein. So war das in Amerika, und in Deutschland auch. Und links zu sein, bedeutete, das bestehende System infrage zu stellen. Heute kommt die Systemkritik in vielen Fällen von rechts. Bei der Wahl im vergangenen November stimmte in den USA fast die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen für Donald Trump.

Dass Ähnliches vielleicht auch in Deutschland möglich ist, dachte ich zum ersten Mal, als ich mir im vergangenen Frühjahr die Webseite für den Girls' and Boys' Day in Berlin anschaute, eine Art eintägiges Schnupper-Praktikum für Schülerinnen und Schüler.

In Berlin boten auch die Bundestagsfraktionen Plätze für diesen Tag an. Bei der SPD und den Grünen waren es allerdings jeweils sehr wenige, nicht einmal zehn, und von diesen wenigen blieben sogar noch einige offen. Die AfD dagegen gab 40 Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, die Partei kennenzulernen, und der Großteil war schon vergeben. Etwas später erzählte mir dann der 16-jährige Sohn einer Verwandten aus Rheinland-Pfalz, in seiner Gymnasialklasse habe der Lehrer eine Wahlumfrage gemacht. Das Ergebnis: 25 Prozent würden die AfD wählen, 20 Prozent die Grünen, die übrigen Parteien lagen weit dahinter.

Im Herbst folgten die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. In allen drei Bundesländern war die AfD bei den jungen Wählern die stärkste Partei.

Im Studio von Apollo News in Berlin erzählt mir Max Mannhart, er wolle als Journalist den Finger dahin legen, wo es wehtue, wolle Kritik üben an den etablierten Medien, den etablierten Parteien, der etablierten Politik. »Das muss auch mal hart sein«, sagt er und klingt ein bisschen wie ein 68er.

Max Mannhart ist in Berlin aufgewachsen, erst in Kreuzberg, dann in Friedrichshain, seine Eltern sind Psychologen, »bürgerlich-linkes Milieu«, sagt Mannhart. Ihn habe früh geärgert, dass es in seinem Umfeld immer für alle Probleme grenzenloses Verständnis gab, dass alles entschuldigt wurde. Die Drogen, die besetzten Häuser, das Reden von Mitschülern, die einem radikalen Islam anhingen.

Auf *Apollo News* brüllt niemand herum. Es wird nicht gehetzt, nicht gehasst. Der Ton ist bürgerlich, ruhig, aber die Auswahl der Themen ist begrenzt. Es geht um Trump, die Grünen, die Fehler des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Vor allem wird viel über das berichtet, worüber auch die AfD gerne redet: Flüchtlinge, Kriminalität – und Flüchtlingskriminalität. Die Autorinnen und Autoren der Artikel sind nicht nur jung, sondern auch gebildet, sie haben Wirtschaftsinformatik studiert, Jura, Politik, Psychologie.

An dem Tag, an dem ich mit ihm in seinem Büro rede, arbeitet Max Mannhart gerade an einem Artikel über Stephan Kramer, den Chef des Thüringer Verfassungsschutzes. Mannhart hat mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der Behörde gesprochen, der Text erscheint später bei Apollo News unter der Überschrift »Der Kramer-Komplex, Inside Verfassungsschutz: Wie der Geheimdienst zur politischen Maschine wurde«. Stephan Kramer schätzt die AfD in Thüringen als gesichert rechtsextrem ein, er unterstützt ein Verbot der AfD. »Früher haben die Linken dem Verfassungsschutz vorgeworfen, alles, was antikapitalistisch ist, als demokratiefeindlich einzustufen«, sagt Mannhart. Heute wirft er ihm vor, alles, was rechts ist, als demokratiefeindlich einzustufen.

Die Kramer-Recherche wird ein großer Erfolg. Der Hauptartikel wird auf der Homepage 113.000-mal aufgerufen, die YouTube-Doku dazu 180.000-mal angesehen. Durch Spenden und YouTube verdient Apollo News mittlerweile so viel Geld, dass Mannhart nicht nur die Miete für das Loft, sondern auch die Gehälter für seine Mitarbeiter finanzieren kann, die zwischen 2.000 und 6.000 Euro verdienen. Im Durchschnitt verzeichnet Apollo News mittlerweile sieben Millionen Seitenaufrufe pro Monat. Die Kommentare unter den Artikeln zeigen deutlich, wohin die Leser politisch tendieren: zur AfD.

Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass Deutschland gerade eine Entwicklung vollzieht, die Amerika bereits hinter sich hat, dann hätte dies bei allen Nachteilen auch einen Vorteil: Deutschland könnte von den Fehlern der Amerikaner lernen.

Die Demokraten haben die Wahl gegen Donald Trump überraschend deutlich verloren. All das, womit sie versucht haben, den Rechtspopulismus zurückzudrängen, hat nicht gewirkt.

Sie haben Donald Trump als Feind der Demokratie bezeichnet, als Rassisten und Hetzer. Das ist nicht falsch, hat bei seinen Anhängern aber wenig Eindruck hinterlassen.

Sie sind den Lieblingsthemen der Rechtspopulisten – der Migration, der Kriminalität – ausgewichen und wollten stattdessen mit eigenen Themen punkten, dem Recht auf Abtreibung, dem Klimawandel, der Situation der LGBTQ-Community. Ohne Erfolg.

Und sie haben alles darangesetzt, das düstere Bild, das die Rechtspopulisten von den USA malten, mithilfe von Fakten zu zerstören. »Dem Land geht es gar nicht so schlecht, und wir können es beweisen«, das war die Geschichte, die die Demokraten wieder und wieder erzählten. Aber auch das hat nicht gewirkt. Nicht einmal bei meinen Nachbarn in New York.

Sie hatten immer die Demokraten gewählt, lebten seit Jahrzehnten in der Stadt, aber nun überlegten sie, wegzuziehen, weil sie sich zunehmend unsicher fühlten. Und das, obwohl demokratische Politiker jeden Tag betonten, dass die Mordrate in New York in den vergangenen Jahren nicht gestiegen sei. Diese Politiker hatten recht. Die Mordrate ist tatsächlich nicht gestiegen, die Fakten stimmten. Aber es war eben so, dass zum Beispiel die Ladendiebstähle zugenommen hatten, die Ordnungswidrigkeiten, der Dreck in der U-Bahn und den öffentlichen Parks.

Im Vergleich zu Morden sind das Kleinigkeiten, aber all diese Kleinigkeiten vermittelten meinen Nachbarn das Gefühl, dass das nicht mehr ihre Stadt sei, nicht mehr die Stadt, in der der Staat für Ordnung sorgt. Wo bisher Vertrauen war, machte sich Misstrauen breit. Bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst erhielten die Demokraten im traditionell linken New York eine Million Stimmen weniger als vier Jahre zuvor.

Unsicherheit, Misstrauen, Angst, das sind die Gefühle, die auch Sara, die Tochter des Gastronomen Can in Hannover beschrieben hat. Nach mehreren Einbrüchen haben sie am Restaurant jetzt eine Überwachungskamera installiert.

Der amerikanische Präsident Joe Biden hatte viele Zahlen auf seiner Seite. Er hat es geschafft, die Inflation zurückzudrängen, die Wirtschaft anzukurbeln, die erneuerbaren Energien auszubauen. Man kann sagen, die Zahlen bewiesen, dass er gut regiert hat. Aber die Menschen bekamen die guten Zahlen nicht wirklich zu spüren. Sie fanden immer noch keine bezahlbaren Häuser, die Eier waren immer noch teurer als vor fünf Jahren, und in den Supermärkten waren die Waren nun wie Zigaretten eingeschlossen, damit sie nicht geklaut wurden. Das alles führte dazu, dass sich die Leute nicht mehr wohlfühlten.

Man kann Gefühle beiseitewischen, kann versuchen, sie mit Zahlen zu widerlegen. Die Demokraten haben das getan. Und sie haben die Wahl verloren.

Ich glaube, dass dies die vielleicht wichtigste Lehre aus der jüngeren amerikanischen Geschichte ist: Die demokratische Mitte muss schleunigst eine Antwort auf die Frage finden, wie Wahlen zu gewinnen sind in einer Welt, in der die kleinen Gefühle manchmal schwerer wiegen als die großen Fakten.

PS: Die AfD Thüringen hat gegen Klaus Stöber übrigens ein Parteiausschlussverfahren begonnen. Er war nicht loyal genug. Im Wahlkampf tritt er nun als parteiloser Kandidat an. Sollte er wieder in den Bundestag kommen, will Stöber weiter gemeinsam mit der AfD-Fraktion abstimmen.